

**CONV 450/02**

**WG XI 3**

**VERMERK**

---

des	Sekretariats
für die	Gruppe XI "Soziales Europa"
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 6. Dezember 2002

---

**Beratungsergebnisse**

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende begrüßte die Mitglieder zur konstituierenden Sitzung der Gruppe.

Die Gruppe kam überein, angesichts der großen Zahl ihrer Mitglieder bezüglich der Teilnahme an Sitzungen dieselben Regeln wie die anderen Gruppen anzuwenden, d.h. dass nur Mitglieder zugelassen werden sowie je Mitglied ein Assistent, der vorher so rechtzeitig beim Sekretariat angemeldet worden ist, dass der Sicherheitsdienst des Parlaments benachrichtigt und eine Zugangskarte angefertigt werden kann.

2. Aufgabenbereich der Gruppe

Der Vorsitzende bezog sich auf das vom Plenum angenommene Mandat der Gruppe. Er erläuterte im Einzelnen, wie er sich die Behandlung der verschiedenen vom Mandat erfassten Fragen durch die Gruppe vorstellt.

**Erläuterungen des Vorsitzenden**

- a) Die erste Frage betrifft Artikel 2 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags, in dem die Grundwerte der Union kurz umrissen werden sollen. Welche Grundwerte sollten in dieser Bestimmung für den sozialen Bereich unter Berücksichtigung der bereits in der EU-Grundrechtecharta genannten Werte aufgeführt werden?

Artikel 2 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags, den das Präsidium dem Konvent am 28. Oktober vorgelegt hat, hat die Festlegung der Werte der Union zum Gegenstand. Der Entwurf erwähnt Grundwerte wie Menschenwürde, Grundrechte, Demokratie, Rechtsstaat, Toleranz, Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und des Völkerrechts.

Im derzeitigen Vertragswerk führen die Präambeln und insbesondere auch Artikel 2 EGV und Artikel 1 und 2 EUV die allgemeinen Werte und grundsätzlichen Zielsetzungen der Gemeinschaft und der Union auf. Zu den darin zum Ausdruck kommenden Werten zählen das Bekenntnis der Union zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit, das Bekenntnis zu sozialen Grundrechten, der Wunsch zur Vertiefung der Solidarität, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens und ein beständiges Wachstum sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen.

Im Konvent besteht ein breiter Konsens zugunsten der Einfügung der Charta der Grundrechte in den Verfassungsvertrag, wodurch sie rechtsverbindlich würde. Insbesondere Kapitel IV über die Solidarität, aber auch Kapitel III über die Gleichheit, führen soziale Werte und Grundrechte auf. Die Gruppe sollte darüber nachdenken, welche grundlegenden und übergreifenden sozialen Werte im Verfassungsvertrag ihren Ausdruck finden sollten, wobei zu beachten ist, dass vorgesehen ist, die Charta in den Vertrag einzufügen.

- b) Die zweite Frage betrifft Artikel 3 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags, der eine Festlegung der allgemeinen Ziele der Union enthalten soll. Die Gruppe ist aufgerufen zu prüfen, inwieweit und in welcher Weise diese allgemeinen Ziele soziale Ziele umfassen sollten.

Neben den wirtschaftlichen Zielsetzungen der Union bestimmt Artikel 2 EGV:

"Aufgabe der Gemeinschaft ist es, ... ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, [und] ... die Hebung der Lebenshaltung ... zu fördern." Der Vorentwurf des Verfassungsvertrags führt die Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus und eines hohen Maßes an sozialem Schutz unter den Zielsetzungen der Union in Artikel 3 auf. Eine Form des "hohen Beschäftigungsniveaus" ist die "Vollbeschäftigung". Die Gruppe könnte daher der Frage nachgehen, ob nicht der allgemeine Ausdruck des hohen Beschäftigungsniveaus im Sinne des Ziels der Vollbeschäftigung präzisiert werden könnte. Der Vorsitzende wies die Mitglieder auf die Bezugnahme auf den "Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse" in Artikel 36 der Charta der Grundrechte hin, die ja eine der im Mandat genannten Inspirationsquellen darstellt.

Artikel 136 EGV nennt die sozialpolitischen Ziele der Gemeinschaft, nämlich die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog und die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.

Die Gruppe sollte darüber nachdenken, welche sozialen Zielsetzungen der Union im Verfassungsvertrag Ausdruck finden sollten.

Die Gruppe sollte die Möglichkeit berücksichtigen, dass es im zweiten Teil des Vertrags, demjenigen, der die einzelnen Politikbereiche betrifft und die Rechtsgrundlagen enthält, sachdienlich sein könnte, ins Einzelne gehende Zielsetzungen in jedes Kapitel und zu jedem Politikbereich aufzunehmen. Dadurch könnte die Gruppe die Liste im neuen Artikel 3 kürzer und allgemeiner halten als im jetzigen Artikel 3 EGV. Für den Verfassungsteil des neuen Vertrages wäre das vielleicht angemessen.

- c) Die dritte Frage bezieht sich auf die Zuständigkeiten der Union: Ist die Gruppe der Auffassung, dass die derzeit der Union/Gemeinschaft im sozialen Bereich übertragenen Zuständigkeiten geändert werden sollten? Wenn ja, welche neuen Zuständigkeiten sollten der Union/Gemeinschaft im sozialen Bereich übertragen werden, und in welche Zuständigkeitskategorie sollten diese fallen?

Zur Verwirklichung der Ziele des Artikels 136 EGV überträgt Artikel 137 EGV der Gemeinschaft die Zuständigkeit, Mindestvorschriften in einer begrenzten Zahl von im Vertrag aufgeführten Bereichen zu erlassen; es handelt sich dabei um Folgendes:

- Verbesserung der Arbeitsumwelt
- Arbeitsbedingungen
- soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer
- Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags
- Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer
- Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, einschließlich der Mitbestimmung
- Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der Gemeinschaft aufhalten
- berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen
- Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen
- Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung (in Nizza hinzugefügt)
- Modernisierung der Systeme des sozialen Schutzes (in Nizza hinzugefügt)

Die Mitgliedstaaten können jederzeit strengere Schutzmaßnahmen treffen.

Hierbei handelt es sich um konkurrierende Zuständigkeiten der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten.

Bestimmte Bereiche sind der Tätigkeit der Gemeinschaft ausdrücklich entzogen (Arbeitsentgelt, Koalitionsrecht, Streikrecht und Aussperrungsrecht - Artikel 137 Absatz 6 EGV).

Gemäß Frage 3 des Mandats ist zu überlegen, ob die Liste der sozialpolitischen Angelegenheiten, in denen eine Zuständigkeit der Gemeinschaft besteht, ausreichend ist. Wie steht es mit den Ausnahmefällen, in denen das Tätigwerden der Gemeinschaft ausgeschlossen ist? Wenn die Gruppe die Anfügung neuer Zuständigkeitsbereiche empfiehlt, sollte sie jeweils angeben, ob es sich um eine ausschließliche, konkurrierende oder ergänzende Zuständigkeit handeln soll.

Ferner enthält der EG-Vertrag einen Titel VIII betreffend die Beschäftigung. Beschäftigung fällt jedoch unter die ergänzende Zuständigkeit, d.h. dass die Mitgliedstaaten über eine ausschließliche Zuständigkeit zur Gesetzgebung verfügen und die Gemeinschaft sie nicht zur Änderung ihrer Rechtsvorschriften zwingen kann.

Die Gemeinschaft soll zu einem hohen Beschäftigungsniveau beitragen, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und deren Maßnahmen in diesem Bereich unterstützt und erforderlichenfalls ergänzt. Die Zuständigkeit im Beschäftigungsbereich verbleibt bei den Mitgliedstaaten. Die Gemeinschaft kann eine koordinierte Beschäftigungsstrategie verabschieden, die die Mitgliedstaaten bei ihrer Beschäftigungspolitik berücksichtigen. Im Interesse der Umsetzung dieser Strategie kann die Gemeinschaft Fördermaßnahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten beschließen und deren Tätigkeit unterstützen. Eine Harmonisierung vonseiten der Gemeinschaft ist in diesem Bereich ausgeschlossen.

Die Gruppe sollte ihre Auffassung zu dieser Frage darlegen und erforderlichenfalls Änderungen am bestehenden System in Bezug auf die Beschäftigung vorschlagen.

- d) Die vierte Frage betrifft die Rolle, die die offene Koordinierungsmethode spielen kann und ihren möglichen Platz im Verfassungsvertrag.

Im September haben alle Mitglieder der Gruppe ein Dokument des Sekretariats für die Gruppe VI "Ordnungspolitik" bezüglich der Koordinierung der einzelstaatlichen Politiken und der offenen Koordinierungsmethode (Arbeitsdokument 15 der Gruppe VI) erhalten.

Dieses Dokument erläutert die Methode und führt beispielhaft Sektoren auf, in denen sie angewandt wurde, so z.B. die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung.

Wenngleich der Bericht der Gruppe VI darlegte, dass es ein großes Maß an Zustimmung dafür gibt, die grundlegenden Ziele, Verfahren und Grenzen der offenen Koordinierungsmethode in den Verfassungsvertrag aufzunehmen, so hat doch die Plenardebatte diese Einschätzung nicht völlig bestätigt. Die Gruppe IX "Vereinfachung" hat ihrerseits vorgeschlagen, dass das offene Koordinierungsverfahren, das ein konzertiertes Vorgehen der Mitgliedstaaten in Bereichen ermöglicht, für die der Union in den Verträgen keine Zuständigkeiten übertragen werden, verfassungsrechtlichen Rang erhält. Die Gruppe IX fügte hinzu, dass dieses Verfahren nicht mit den Koordinierungszuständigkeiten verwechselt werden darf, die der Union durch verschiedene Rechtsgrundlagen, insbesondere im Wirtschafts- und Beschäftigungsbereich, übertragen worden sind.

Der Konvent hat am 5. Dezember über den Bericht der Gruppe "Vereinfachung" debattiert, aber es kam zu keinem Konsens in dieser Angelegenheit; die Mitglieder vertraten weiterhin unterschiedliche Auffassungen.

Die Gruppe soll untersuchen, in welchen Fällen die offene Koordinierungsmethode angewandt werden könnte. Sie soll desgleichen über die Frage ihrer Einfügung in den Verfassungsvertrag beraten.

- e) Die fünfte Frage betrifft die Beziehung, die zwischen der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und der Koordinierung der Sozialpolitiken hergestellt werden könnte.

Der Europäische Rat (Barcelona) hat der Kommission und dem Rat den Auftrag gegeben zu prüfen, auf welche Weise die verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinationsprozesse gestrafft werden könnten, so dass der Europäische Rat auf künftigen Frühjahrstagungen die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit überprüfen und erforderlichenfalls anpassen kann. Der Vorsitzende erinnerte daran, dass erst diese Woche die Finanzminister Vorschläge gebilligt haben, die eine bessere Koordinierung der Vorarbeiten für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates auf der Grundlage eines einheitlichen "Pakets" der Kommission, einschließlich Empfehlungen für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik (GZWP) und die beschäftigungspolitischen Leitlinien vorsehen.

Die Frage, die sich der Gruppe stellt, ist die, ob mehr getan werden kann und sollte, um die Kohärenz der wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinierung zu erhöhen. Die bereits durchgeführten Reformen werden sicher die Koordinierung zwischen den verschiedenen Politikbereichen erhöhen, aber die Vorbereitung läuft sowohl bei der Kommission als auch beim Rat noch immer nach Bereichen getrennt. Gibt es noch andere strukturelle Änderungen, die die Gruppe empfehlen könnte, um weiter zu gehen? Sollten die verschiedenen Prozesse selbst zusammengefasst werden? (Sollten z.B. die GZWP deutlicher soziale Zielsetzungen einbeziehen? Wenn ja, wie?)

- f) Die sechste Frage bezieht sich auf das Verfahren: Inwieweit sollten die Mitentscheidung und die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf Bereiche ausgedehnt werden, für die derzeit Einstimmigkeit erforderlich ist?

Der Vorsitzende erinnerte an die Angelegenheiten, in denen die Gemeinschaft Mindestvorschriften erlassen kann (siehe Buchstabe c). In diesen Fällen wird der Rat durch Richtlinien und nach dem Mitentscheidungsverfahren tätig, d.h. mit qualifizierter Mehrheit, wobei jedoch in vier Bereichen ausnahmsweise Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist. Dabei handelt es sich um Folgendes:

- soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer
- Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags
- Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, einschließlich der Mitbestimmung
- Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der Gemeinschaft aufhalten.

Der Vertrag von Nizza hat jedoch die Möglichkeit eröffnet, dass der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschließt, dass das Mitentscheidungsverfahren auf diese Angelegenheiten angewandt wird, jedoch mit Ausnahme der sozialen Sicherheit und des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer, die daher weiterhin dem Einstimmigkeitserfordernis unterliegen.

Die Gruppe soll im Hinblick auf den neuen Verfassungsvertrag eine Stellungnahme zu den Angelegenheiten abgeben, die der Einstimmigkeit unterliegen: Reicht die Öffnung, die der Vertrag von Nizza gebracht hat, aus, weil es Sache des Rates sein sollte, über den Zeitrahmen für den Übergang zur Mitentscheidung zu beschließen, oder sollte der Verfassungsvertrag in diesen Angelegenheiten die Mitentscheidung vorsehen?

- g) Die siebte und letzte Frage betrifft die Rolle der Sozialpartner. Titel VI des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags betrifft das demokratische Leben der Union. Sollte die Rolle der Sozialpartner in diesem Titel VI erwähnt werden, und wenn ja, wie sollte diese Rolle definiert werden?

Die geltenden Verträge sehen vor, dass die Sozialpartner in der Sozialpolitik eine besondere Rolle spielen. Sie schreiben insbesondere Folgendes vor:

- Artikel 138 enthält eine allgemeine Bestimmung über die Anhörung der Sozialpartner sowie eine Verpflichtung der Kommission, die Sozialpartner anzuhören, bevor sie sozialpolitische Vorschläge unterbreitet.
- Artikel 137 sieht vor, dass die Mitgliedstaaten die Umsetzungen gewisser sozialpolitischer Richtlinien den Sozialpartnern übertragen können.
- Artikel 139 sieht vor, dass auf Gemeinschaftsebene vertragliche Beziehungen, einschließlich des Abschlusses von Vereinbarungen, zwischen den Sozialpartnern hergestellt werden können. Jede Rahmenvereinbarung zwischen den Sozialpartnern, die unter Artikel 139 EGV fällt, kann zur Annahme einer Richtlinie durch den Rat führen, die die Vereinbarung schlicht wortwörtlich übernimmt. Als Beispiele seien die Richtlinien über "Elternurlaub" (1996), "Teilzeitarbeit" (1997) und "befristete Arbeitsverträge" (1999) genannt.

Zusätzlich zu diesen spezifischen Vertragsbestimmungen ist nunmehr anerkannt, dass die Sozialpartner im "Lissabon-Prozess" eine bedeutende Rolle spielen. Dies hat die Form regelmäßiger "Sozialgipfeltreffen" kurz vor der Frühjahrstagung des Europäischen Rates angenommen, wodurch die Sozialpartner die Gelegenheit erhalten, Stellungnahmen zu den Themen auf der Tagesordnung des Europäischen Rates abzugeben.

Die Frage 7 erfasst aber durchaus mehr als diese beiden Punkte. Unsere Gruppe muss eine Entscheidung darüber treffen, ob der Verfassungsvertrag einen Bezug auf die Sozialpartner enthalten sollte. Aufgrund der Natur eines solchen Vertrages schlug der Vorsitzende vor, dass die Gruppe prüft, ob die Belange der Sozialpartner sich auf ein so breites Politikspektrum erstrecken, dass eine solche Bezugnahme gerechtfertigt erscheint. Wäre eine deutlichere Definition der "Sozialpartner" vonnöten? Sollte eine solche Bezugnahme allgemein gehalten werden (z.B. dahingehend, dass die Sozialpartner einbezogen werden sollen, wenn ihre Interessen betroffen sind) oder detaillierter sein (z.B. eine Verpflichtung zur Anhörung der Sozialpartner in bestimmten Politikbereichen - wobei zu beachten ist, dass der neue Vertrag flexibel ausgestaltet werden sollte)? Sollte irgendeiner der bestehenden Anhörungsmechanismen, insbesondere der "Sozialgipfel", in den neuen Vertrag aufgenommen werden? Wenn ja, in den ersten oder zweiten Teil?

### 3. Anhörungen

Der Vorsitzende schlug der Gruppe vor, Sachverständige zur Teilnahme an Anhörungen vor der Gruppe einzuladen. Er regte an, Kommissionsmitglied DIAMANTOPOULOU einzuladen und ersuchte die Mitglieder der Gruppe, dem Sekretariat die Namen der Personen mitzuteilen, deren Einladung sie daneben noch wünschen, wobei zu beachten sei, dass die Gruppe keine Zeit haben werde, mehr als vier Personen anzuhören.

### 4. Zeitplan

Der Entwurf eines Zeitplans, den der Vorsitzende gemeinsam mit dem Sekretariat erstellt hatte, wurde den Mitgliedern der Gruppe zugeleitet. Nach Ansicht des Vorsitzenden würde es dieser Zeitplan der Gruppe erlauben, seinen Bericht fristgerecht zur Plenartagung des Konvents am 6./7. Februar vorzulegen. Die Gruppe stimmte dem vorgeschlagenen Zeitplan zu.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass eine intensive Fortsetzung der Arbeit der Gruppe vonnöten sei, da der Bericht dem Konvent vorliegen müsse, bevor dieser die einschlägigen Artikelentwürfe für den Verfassungsvertrag beraten könne; mit deren Bewertung sollte nach Auffassung des Präsidiums jedoch bald nach Jahresanfang begonnen werden.

#### 5. Programm für die folgenden Sitzungen

Für die folgende Sitzung bat der Vorsitzende die Mitglieder, bis zum 10. Dezember um 12.00 Uhr dem Sekretariat ihre ersten schriftlichen Stellungnahmen zu den Fragen 1, 2 und 3 zuzuleiten, damit diese in der Sitzung vom 11. Dezember besprochen werden können. Angesichts dieser knapp bemessenen Zeit regte er an, dass die Mitglieder die Möglichkeit haben sollten, bis zum 18. Dezember noch weitere schriftliche Bemerkungen einzureichen, so dass das Sekretariat für die Sitzung am 10. Januar einen "Berichts-Vorentwurf" über die drei ersten Fragen des Mandats erstellen kann, während die anderen Fragen erst am 10. Januar beraten werden.

Der Vorsitzende schlug einen Arbeitsplan für die folgenden Sitzungen vor. Nach der Sitzung vom 11. Dezember sollten die Mitglieder ihre schriftlichen Stellungnahmen zu den Fragen 4, 5, 6 und 7 bis zum 6. Januar einreichen, so dass sie in der Sitzung vom 10. Januar besprochen werden können. Danach würde der Vorsitzende das Sekretariat bitten, einen Berichtsentwurf zu erstellen, der bis zum 17. Januar fertig sein könnte; diesen Entwurf würde die Gruppe dann in ihren beiden letzten Sitzungen am 21./22. und am 27. Januar besprechen.

Die Gruppe erklärte sich mit der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

---